

Antrag

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Franziska Eichstädt-Bohlig, Andrea Fischer (Berlin), Winfried Nachtwei, Gerd Poppe, Albert Schmidt (Hitzhofen), Dr. Antje Vollmer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gedenken und Erinnern durch die Kennzeichnung historisch bedeutsamer Orte im Berliner Parlaments- und Regierungsviertel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der Bundeshauptstadt Berlin und ganz besonders im künftigen Parlaments- und Regierungsviertel gibt es zahlreiche Orte, die in der deutschen Geschichte bereits eine bedeutende Rolle gespielt haben. Der Deutsche Bundestag begreift es als Chance und Verpflichtung, die Erinnerung an das dort Geschehene zu bewahren und historisch bedeutsame Stätten entsprechend zu kennzeichnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Absprache mit der Berliner Landesregierung sicherzustellen, daß

1. eine Übersicht erstellt und veröffentlicht wird über die Vorgeschichte der Standorte bisheriger und künftiger Bundeseinrichtungen in Berlin,
2. eine Auswahl historisch besonders bedeutsamer Orte durch ein fachlich ausgewiesenes und politisch unabhängiges Gremium erfolgt und öffentlich erörtert wird,
3. diese ausgewählten Standorte in geeigneter Form und öffentlich sichtbar gekennzeichnet werden und auf ihre Vorgeschichte hingewiesen wird.

Bonn, den 6. Februar 1996

Volker Beck (Köln)
Franziska Eichstädt-Bohlig
Andrea Fischer (Berlin)
Winfried Nachtwei
Gerd Poppe
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Dr. Antje Vollmer
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland muß sich beim Umgang mit ihrem neuen Parlaments- und Regierungssitz der historischen Verantwortung, die sie mit dessen Wahl bekräftigt hat, bewußt erweisen. Dazu gehört es, sich mit der Geschichte jener Orte genauer zu beschäftigen, an denen Bundeseinrichtungen künftig stehen werden. Das Ergebnis solcher Beschäftigung sollte nicht nur in Geschichtsbüchern und Museen zugänglich sein, sondern vor Ort sichtbar werden.

Einige Beispiele sollen dieses Anliegen verdeutlichen:

- „In den Zelten“ – beim Standort des neuen Bundeskanzleramts – fanden 1848 die Versammlungen statt, auf denen die bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechte eingefordert wurden, die zum Ausgangspunkt der März-Revolution 1848 wurden. 1998 wird der 150. Jahrestag zur besonderen Erinnerung an die März-Revolution auffordern.
- Manche Berlinerinnen und Berliner wissen heute noch sehr genau die wichtigsten Orte des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 gegen das DDR-Regime zu benennen. Doch für die Nachwachsenden ist es wichtig, etwa am geplanten Standort des Bundesministeriums der Finanzen in der Wilhelmstraße/Ecke Leipziger Straße auch diesen Teil der Vorgeschichte des zuletzt von der Treuhandanstalt genutzten Gebäudes hinzuweisen.
- Das künftige Parlaments- und Regierungsviertel erstreckt sich beiderseits der früheren Berliner Mauer. Eine zurückhaltende Kennzeichnung ihres Verlaufs würde an die Überwindung der Teilung erinnern und verdeutlichen, wie schmerzlich die Lebensnerven der Stadt durchtrennt waren.
- An das Areal der Neuen Reichskanzlei Hitlers, von der aus er seine Herrschaft entfaltete, erinnert derzeit nichts mehr. Dieses Brachgelände, auf dem künftig Vertretungen der Bundesländer errichtet werden sollen, darf nicht „sprachlos“ bleiben. Ein Hinweis auf die Vorgeschichte und die derzeit noch vorhandenen Bunkerreste tut not.

Die in Berlin seit einiger Zeit diskutierten Pläne für eine „Geschichtsmeile Wilhelmstraße“ greifen in zweifacher Hinsicht zu kurz. Sie engen das Gebiet ohne nachvollziehbaren Grund ein und greifen nur ausgewählte Abschnitte deutscher Geschichte auf. Auch das Gedenktafelprogramm des Rats der Berliner Bezirksbürgermeister erscheint für das geforderte Vorhaben nur sehr begrenzt geeignet. Die einheitlich kleinformatigen Tafeln weisen in der Regel auf das Geburtshaus berühmter Persönlichkeiten u. ä. hin.

Die unverzügliche Planung deutlich wahrnehmbarer Hilfen bei der historischen Spurensuche durch Mahn- und Erinnerungszeichen für die Nachgeborenen ist geboten, um sie bei den derzeitigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Bundeseinrichtungen in Berlin berücksichtigen zu können.